

An den Landrat

Glarus, 20. Januar 2026

Postulat Martin Baumgartner, Engi, und Mitunterzeichner «Verbindlicher Staatskundeunterricht für alle Sek 1 (Zyklus 3) Schülerinnen und Schüler im Kanton Glarus»

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

1. Ausgangslage

Am 1. August 2025 reichten die Landräte Martin Baumgartner und Roman Zehnder das Postulat «Verbindlicher Staatskundeunterricht für alle Sek 1 (Zyklus 3) Schülerinnen und Schüler im Kanton Glarus» ein (s. Beilage). Sie fordern darin den Regierungsrat auf, zu prüfen, wie in sämtlichen Bildungsgängen der Sekundarstufe I im Kanton Glarus ein verbindlicher und vertiefter staatsbürgerlicher Unterricht sichergestellt werden könne. Dabei soll geprüft werden:

- ob ein eigenständiges Modul zur Staatskunde und politischen Bildung nötig und zielführend; oder
- eine Erweiterung bestehender Handlungskompetenzen (gemäss Lehrplan) ausreichend sei.

Besonderes Augenmerk sei auf die kantonalen demokratischen Institutionen, insbesondere die Landsgemeinde, sowie deren historische Entwicklung und Bedeutung zu legen.

Die Postulanten begründen ihr Anliegen im Wesentlichen damit, dass die Schweiz international als Musterbeispiel direkter Demokratie gelte und der Kanton Glarus mit seiner traditionsreichen Landsgemeinde eine besondere Rolle dabei einnehme. Diese Form direkter Bürgerbeteiligung sei einzigartig und verdiene gerade deshalb eine stärkere thematische Verankerung in der politischen Bildung junger Menschen. Trotz dieser demokratischen Grundstruktur zeige sich, dass die Wahl- und Versammlungsbeteiligung rückläufig sei. Die derzeit im Lehrplan formulierten Ziele seien eine gute Grundlage, es fehle jedoch an der konkreten Umsetzung und dem kantonsspezifischen Bezug. Die Sekundarstufe I sei der geeignete Ort, um staatsbürgerliche Kompetenzen nachhaltig zu fördern. Ein verstärktes Bildungsangebot – sei dies in Form eines eigenen Moduls oder durch klare, vertiefte Handlungskompetenzen – würde unter anderem jungen Menschen helfen, ihre Rolle als Bürgerinnen und Bürger zu erkennen und diese einzunehmen.

2. Stellungnahme des Regierungsrates

2.1. Politische Bildung im Glarner Lehrplan für die Volksschule

Die politische Bildung ist im Glarner Lehrplan für die Volksschule stark verankert, insbesondere auch die kantonsspezifischen Elemente. Allerdings finden sich diese nicht in einer Lektion wieder. Vielmehr sind sie breit gefächert in verschiedenen Fachbereichen (Querschnittsthema) zu finden. Der Glarner Lehrplan für die Volksschule verfolgt das Prinzip der Kompetenzorientierung. Schülerinnen und Schüler sollen nicht bloss Wissen vermittelt bekommen, sondern insbesondere auch darin angeleitet und gefördert werden, dieses Wissen in ihrem Alltag anzuwenden und zu nutzen. In einem kompetenzorientierten Lehrplan zielen Themen nicht immer auf einen einzigen Fachbereich ab. Gerade beim Thema der politischen Bildung ist das fächerübergreifende Element stark ausgeprägt, was beispielsweise die Lehrplanverantwortlichen dazu bewog, dies in einem separaten Dokument «Politische Bildung im Lehrplan 21» aufzuzeigen (s. Beilage). Dieses Dokument zeigt auf, dass politische Bildung im Lehrplan 21 als Querschnittsthema verankert und kein eigener Fachbereich ist. Es werden auf allen drei Stufen (Kindergarten, Primarstufe und Sekundarstufe I) in verschiedenen Fachbereichen Kompetenzen zum Thema politische Bildung erworben.

Da der Lehrplan 21 Grundlage für den Glarner Lehrplan ist, enthält auch dieser für die Volksschule auf allen drei Stufen Kompetenzen zum Thema «Politische Bildung». Zudem wurden diese im Kanton Glarus ergänzt und somit spezifisch verbindliche Inhalte aufgenommen, beispielsweise die Landsgemeinde. Diese kantonsspezifischen Inhalte werden mit dem Kantonswappen gekennzeichnet, damit erkennbar wird, dass eine Abweichung zum Lehrplan 21 vorliegt. Die Landsgemeinde wird somit bereits heute verbindlich auf der Primar- wie auch auf der Sekundarstufe I in den Klassen thematisiert (s. Glarner Lehrplan für die Volksschule, gl.lehrplan.ch, NMG 10.5 d, RZG 8.1 c).

Auf der Sekundarstufe I finden sich die Kompetenzen im Bereich der politischen Bildung vorwiegend in den Fachbereichen «Räume, Zeiten, Gesellschaften» (RZG) und «Ethik, Religionen und Gemeinschaft» (ERG). Die Lehrpersonen sind aufgefordert, den Schülerinnen und Schülern wiederkehrende Gelegenheiten zu bieten, damit diese die Kompetenzen nicht nur erlangen, sondern auch situationsgerecht anwenden und erleben können. Es gibt neben den bereits erwähnten auch weitere Fachbereiche, in denen Kompetenzen der politischen Bildung erlangt, erlebt und angewendet werden. Auf der Sekundarstufe I sind dies übersichtsmässig die Folgenden:

- Klassenstunde; Ethik, Religionen, Gemeinschaft (ERG):
Ich und die Gemeinschaft – Leben und Zusammenleben gestalten (ERG.5.1 bis ERG.5.6);
- Projektunterricht:
eigener Modullehrplan;
- Deutsch:
Gesprächen folgen und Aufmerksamkeit zeigen (D.1.C.1);
Hörverhalten und ihr Hörinteresse reflektieren (D.1.D.1);
Wichtige Informationen aus Sachtexten entnehmen (D.2.B.1);
In monologischen Situationen angemessen und verständlich ausdrücken (D.3.B.1);
Sich aktiv an einem Dialog beteiligen (D.3.C.1);
Sprech-, Präsentations- und Gesprächsverhalten reflektieren (D.3.D.1);
Ideen und Gedanken in eine sinnvolle und verständliche Abfolge bringen (D.4.D.1);
Schreibfluss und Formulierungen auf das Schreibziel ausrichten (D.4.D.1);
- Medien und Informatik:
Leben in der Mediengesellschaft (MI.1.1);
Medien und Medienbeiträge verstehen (MI.1.2);
Medien und Medienbeiträge produzieren (MI.1.3);
Mit Medien kommunizieren und kooperieren (MI.1.4);
Anwendungskompetenzen (MI.AK);

- Bildung für nachhaltige Entwicklung BNE:
Politik, Demokratie und Menschenrechte;
Kulturelle Identitäten und interkulturelle Verständigung.

2.2. Glarner Heimatbuch und Lerneinheiten

Im einzigen Glarner Lehrmittel, dem Glarner Heimatbuch, werden der Landsgemeinde rund neun Seiten gewidmet. Zudem steht dieses digital zur Verfügung und wird unter anderem für die Erlangung von Kompetenzen im Bereich politische Bildung genutzt.

Daneben enthält das digitale Glarner Heimatbuch aktuell Lerneinheiten zur politischen Bildung. Diese werden laufend angepasst und erweitert. Die bestehende Lerneinheit «Die Glarner Landsgemeinde» wurde überarbeitet, auf das neue Buch angepasst und mit dem neuen Landsgemeindefilm angereichert. Auch die Lerneinheit «Drei Gemeinden» wurde auf die Inhalte des neuen Glarner Heimatbuches angepasst. Zudem gibt es zu beiden Lerneinheiten Projektideen, die den Schülerinnen und Schülern helfen, das Gelernte umzusetzen und zu vertiefen.

Nebst diesen Lerneinheiten ist auf einer neuen Plattform (www.smartbleiben.com) ein digitaler Auftritt zur politischen Bildung im Kanton Glarus entstanden. Dieser bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit, mehr über die politischen Prozesse und Möglichkeiten zur Mitwirkung im Kanton Glarus zu erfahren.

Konkret wurden zur Förderung der politischen Bildung im Kanton Glarus drei digitale Lerneinheiten erstellt, die mit Projektideen und virtuellen 360-Grad-Ansichten angereichert sind, um den Schülerinnen und Schülern wie auch Erwachsenen die Politik im Kanton Glarus näherzubringen. In der Lerneinheit «raten, mindern und mehrern» erfährt man am Beispiel «Slow Sundays im Klöntal», wie eine Abstimmung an der Glarner Landsgemeinde ablaufen kann. Die Lerneinheit «mitreden und abstimmen ab 16» führt anhand einer Timeline durch den politischen Prozess, dies am Beispiel der Senkung des Stimmrechtsalters von 18 auf 16 Jahre. Anhand einer Animation in der Lerneinheit «mitwirken und mitbestimmen» wird aufgezeigt, wie Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Glarus etwas bewirken können. Zudem beinhaltet die Plattform die Möglichkeit, über ein Formular direkt eine Anfrage für einen ausserschulischen Lernort oder den Beizug politischer Amtsträger und Amtsträgerinnen zu starten. Dies soll es den Lehrpersonen erleichtern, Politik für ihre Schülerinnen und Schüler erlebbar zu machen. In diesem Zusammenhang wurden zudem bereits einige Schülerlandsgemeinden (Glarus Nord) oder staatspolitische Wochen auf der Sekundarstufe I (Glarus) durchgeführt.

2.3. Postulat «Förderung der politischen Bildung im Kanton Glarus» / Grundlagenbericht politische Bildung

Im Februar 2019 reichte die FDP-Fraktion das Postulat «Förderung der politischen Bildung im Kanton Glarus» ein. Sie forderte, dass der Regierungsrat einen Bericht erarbeite und damit darlege, wie die politische Bildung auf der Primar- und Sekundarstufe im Kanton besser und stärker gefördert werden könne.

Der Regierungsrat teilte grundsätzlich das Anliegen der Postulanten, die politische Bildung auf der Primar- und Sekundarstufe besser zu fördern. Dafür in der Volksschule ein separates Fach «Politische Bildung» einzuführen, wie dies im Postulat als Idee aufgeworfen wurde, erachtete er jedoch nicht als zielführend. Der Kanton Glarus stünde mit einem solchen Entscheid faktisch alleine da (ausser AG, eine Wochenlektion im letzten Schuljahr), während er sich mit dem Beitritt zum HarmoS-Konkordat zur Harmonisierung der Unterrichtsinhalte mit anderen Kantonen verpflichtet habe. Die Einführung eines solchen Faches stünde zudem im Widerspruch zum interkantonal getragenen Anliegen, gesellschaftlich relevante Themen im Sinne der im Lehrplan 21 formulierten «Bildung für Nachhaltige Entwicklung» (BNE) von einzelnen Fächern zu lösen und in möglichst alle Fächer und Fachbereiche einzubinden.

Er betonte weiter, dass Inhalte aus dem Themenkreis «politische Bildung» im Lehrplan explizit ihren Niederschlag fänden. Sie seien auf allen Schulstufen vermehrt Thema. Der Weg zu einer Stärkung der politischen Bildung in der Volksschule sei aus Sicht des Regierungsrates demnach geebnet, und zwar in der geeigneten Form.

Die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen sei von entscheidender Bedeutung für die Gesellschaft. Es gehe dabei nicht nur um die Vermittlung von Wissen über die politischen Strukturen und Prozesse, sondern auch um die Förderung von Werten wie Demokratie, Toleranz und Meinungsfreiheit. Es sei wichtig, dass Kinder und Jugendliche das Rüstzeug erhalten, um aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft teilzunehmen. Dabei gehöre es zu den zentralen Kompetenzen zu wissen, wie man seine Meinung äussert, wie man Kompromisse findet, wie man Fakten von Fiktion unterscheidet oder wie man Konflikte auf friedliche Weise löst. Schliesslich soll die Politik durch die Kinder und Jugendlichen als etwas Spannendes wahrgenommen werden.

In der Legislaturplanung 2023–2026 setzte sich der Regierungsrat zudem zum Ziel, dass sich die Bevölkerung im Kanton Glarus einfacher an der Politik beteiligen könne (Legislaturziel 1).

Auf dieser Basis wurde der Grundlagenbericht «Politische Bildung im Kanton Glarus» erstellt. Dieser beschreibt einerseits, wie die politische Bildung aktuell in der Volksschule und auf der Sekundarstufe II vermittelt wird. Andererseits zeigt er mögliche neue schulische und ausserschulische Angebote auf, mit welchen das Interesse an der Mitgestaltung des Gemeinwesens gesteigert werden kann und die dazu nötigen Fähigkeiten erlernt werden. Das Departement Bildung und Kultur (DBK) arbeitete bei der Erstellung des Grundlagenberichts mit Vertretungen der Jungparteien und mit der Staatskanzlei zusammen.

Im Mai 2023 nahm der Regierungsrat Kenntnis vom Grundlagenbericht. Er beauftragte das DBK mit der Umsetzung der darin festgehaltenen Massnahmen. Diese ist in vollem Gange und wird regelmässig mit den Jungparteien und der Staatskanzlei besprochen. Gerade im von der Landsgemeinde geprägten Kanton Glarus, in dem bereits 16-Jährige stimm- und wahlberechtigt sind, soll die politische Bildung explizit gefördert werden. Die Schule ist einer der Orte, an dem junge Menschen sich mit diesen Themen vertraut machen können. Sie bietet ideale Voraussetzungen, um Werte zu vermitteln, die für die Herausbildung aufgeklärter Bürgerinnen und Bürger notwendig sind. Dies zeigt der Bericht auf. Insgesamt sind jedoch alle Personen gefordert, die jungen Leute auf diesem Prozess zu begleiten und diesen die vielfältigen Möglichkeiten im Kanton aufzuzeigen. Die Schule trägt diese Verantwortung nicht alleine.

2.4. Die wichtigsten Akteure neben der Schule, insbesondere die kantonalen Jungparteien

Im Kapitel 3 des Grundlagenberichts «Politische Bildung im Kanton Glarus» werden mögliche ausserschulische Lernangebote wie die Jugendsession oder der Einbezug in Gemeindeversammlungen beleuchtet. Dabei spielen die Jungparteien, die mit ihrer Vorbildrolle einen wichtigen Einfluss auf die Jugendlichen haben, eine zentrale Rolle. In beiden Lernangeboten kommt den Jungparteien denn auch eine tragende Rolle zu:

- Jugendsessionen:

Im Kanton Glarus wurden bereits Jugendsessionen durchgeführt. Der Kanton (Staatskanzlei) unterstützt mit Beratung, Finanzierung, Logistik und Räumlichkeiten und arbeitet dazu mit den Jungparteien zusammen. Zentral ist, dass die Initiative von den Jugendlichen auszugehen hat;

- Einbezug in die Gemeindeversammlungen:
Die Jungparteien gestalten ein attraktives Programm, das Schülerinnen und Schüler animiert, an der Gemeindeversammlung als Besucher oder als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger teilzunehmen. Dazu erhalten die Jungparteien Zugänge zu den Schulen.

An den regelmässigen Treffen zwischen den Jungparteien, der Staatskanzlei und dem DBK steht die Umsetzung der im Bericht dargelegten Massnahmen im Zentrum. Leider gab es in den letzten Jahren viele personelle Wechsel bei den Jungparteien. Mitunter fehlten in den Jungparteien auch Ansprechpartner. Diese beiden Lernangebote konnten deshalb bislang von den Jungparteien nicht weiterbearbeitet werden.

2.5. Schlussfolgerung

Im Glarner Lehrplan für die Volksschule sind viele Kompetenzen abgebildet, welche die Kinder und Jugendlichen zu einer eigenen Meinung führen und somit an die politische Bildung heranführen. Die politischen Spezifitäten des Glarnerlandes sind als verbindlicher Lerninhalt vorgeschrieben. Bringt man diese vielfältigen Inhalte, die sich richtigerweise in diversen Fachbereichen zeigen und somit von verschiedenen Lehrpersonen umgesetzt werden, in einem einzelnen Fach unter, würde man sich lediglich noch während dieses Faches mit diesen wichtigen, ja sogar grundlegenden Fähigkeiten befassen. Die bestehende, vielfältige Betrachtung der politischen Bildung würde dadurch beschnitten. Dadurch würde aus Sicht des Regierungsrates das angestrebte Ziel kaum erreicht.

Der Regierungsrat geht mit den Postulanten einig, dass die politische Bildung sehr wichtig ist und die Glarnerinnen und Glarner stolz auf die direkte Demokratie sein können. Es soll denn auch klar weiterhin Auftrag der Schule sein, Kinder und Jugendliche zu befähigen, sich Informationen zu beschaffen und eine eigene Meinung zu bilden, damit sie ihre demokratischen Rechte wahrnehmen und sich in Gesellschaft und Politik einbringen können. Dies ist im Lehrplan deutlich abgebildet und der Grundlagenbericht «Politische Bildung im Kanton Glarus» ist in der Umsetzung hilfreich. Das Vermitteln des nötigen Rüstzeugs kann jedoch, wie bereits erwähnt, nicht alleiniger Auftrag der Schule sein.

Insgesamt wird an den Schulen deutlich mehr zum Thema gemacht als im Postulat gefordert, weshalb der Regierungsrat keinen Handlungsbedarf in diesem Bereich sieht. Er beantragt, das Postulat zu überweisen und mit dieser Stellungnahme als bereits erfüllt abzuschreiben.

3. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das Postulat zu überweisen und als mit dieser Stellungnahme erfüllt abzuschreiben.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

*Kaspar Becker, Landammann
Arpad Baranyi, Ratsschreiber*

Beilagen:

- Postulat
- Politische Bildung im Lehrplan 21